

Das Dritte Reich und die Schweiz

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **35 (1956)**

Heft 11-12

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336916>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Das Dritte Reich und die Schweiz

Erfolgreiche nazistische Erpressungen

Von der Sammlung deutscher diplomatischer Dokumente aus der nationalsozialistischen Ära sind bisher die Bände I—VI und VIII erschienen; die aus diesen Veröffentlichungen hervorgehenden nationalsozialistischen Methoden, die Schweiz unter Druck zu setzen, sowie die Art, wie ihnen begegnet wurde oder nicht begegnet wurde, wurden an dieser Stelle schon beschrieben¹. Nun hat das anglo-amerikanisch-französische Team von Historikern, das seit Jahren die Hunderttausende erbeuteten Dossiers des Berliner Auswärtigen Amtes sichtet und bearbeitet, den Band IX jener Serie herausgebracht, die die Zeit nach 1933 behandelt². Es handelt sich diesmal um Dokumente aus der Kriegszeit (18. März bis 22. Juni 1940), also der Zeit des deutschen Blitzkrieges und der Blitzsiege über Norwegen, Dänemark, Belgien, Holland und Frankreich. Vieles (zum Beispiel die Korrespondenz zwischen Hitler und Mussolini und manche Angaben über das deutsch-sowjetische Bündnis) ist schon aus andern Veröffentlichungen bekannt, vieles ist heute uninteressant. Eindrucksvoll, wenn auch nicht überraschend, sind hier die zum erstenmal bekannt werdenden Belege dafür, mit welchem Gleichmut die Diplomatie des Dritten Reiches die Einverleibung der *Baltischen Staaten* in die Sowjetunion betrachtete und wie wenig sie bereit war, auch den ihr geistesverwandten Repräsentanten der vormaligen baltischen Regime zu helfen.

Der deutsche Gesandte in Bern stellt den Schweizern ein Ehrenzeugnis aus

Wir wollen uns hier auf die Betrachtung der Schriftstücke beschränken, die das Verhalten des Dritten Reiches der Schweiz gegenüber sowie die Reaktionen auf Schweizer Seite behandeln. Zunächst einmal muß gesagt werden, daß der damalige deutsche Gesandte in Bern, *Köcher*, in einem Bericht nach Berlin der Einstellung der Schweizer Bevölkerung zu den Gewalttaten des Dritten Reiches unabsichtlich ein interessantes Ehrenzeugnis ausstellte. Am 22. April 1940 meldete Köcher das folgende:

«Am 18. d. M. haben der Schweizerische Bundesrat und das Armeekommando gemeinsam Weisungen für Kriegsmobilmachung bei Überfall herausgegeben . . . Die Bekanntmachung richtet sich nicht nur an die Soldaten, sondern an die gesamte Bevölkerung. Die schweizerische Öffentlichkeit war zunächst durch die militärischen Operationen Deutschlands in Däne-

¹ Siehe «*Rote Revue*», 4—5/1954, 7/1954, 1—2/1955 und 7/1956.

² *Documents of German Foreign Policy, 1918—1945, Series D, Vol. IX. The War Years.* Washington und London 1956. — Die bisherige Veröffentlichung der Originaltexte der Dokumente in deutscher Sprache wurde eingestellt. Dankenswerterweise hat das Foreign Office dem Verfasser Einblick in die Originaldokumente gestattet, so daß sich die Zitate auf den ursprünglichen deutschen Wortlaut stützen.

mark und Norwegen so tief erschüttert, daß der Armeestab die Presse anwies, sich Zurückhaltung aufzuerlegen. Im weiteren Verfolg der Operationen kam man erst dazu, sich klarzumachen, was eigentlich geschehen war, und man glaubte zu entdecken, daß die beiden nordischen Länder das Opfer einer abgefeimten unterirdischen Propaganda geworden seien. Man fand es unverständlich, daß sich Dänemark, wenn auch unter Rechtsverwahrung, den deutschen Forderungen unterwarf, und noch unverständlicher, daß sich in Norwegen Männer gefunden hatten, die entgegen dem Willen des Volkes und der legitimen Regierung zur Zusammenarbeit mit den Eindringlingen bereit waren. Der Name des Majors *Quisling* wurde hier zu einem Symbol für innere Zersetzung und Landesverrat. Die Folge davon war, daß man glaubte, sich auch im eigenen Haus umsehen zu müssen, ob sich derartige ‚Quislinge‘, wie man sagte, auch in der Schweiz fänden, die im gegebenen Augenblick bereit wären, mit dem Feind zusammenzuarbeiten. Seit einigen Tagen wittert man in diesem Land überall Spione und Landesverräter. Man verdächtigt die etwa 130 000 Mann starke reichsdeutsche Kolonie und geht so weit, vom Bundesrat die Amtsentsetzung von Beamten und Offizieren zu fordern, die mit dem Deutschen Reich sympathisieren oder mit ausländischen Frauen verheiratet sind. Man glaubt, das deutsche System nun völlig durchschaut zu haben: planmäßige Zersetzung der Moral der neutralen Staaten, Schaffung von Unordnung durch Ausstreuung falscher Nachrichten, Erzeugung defaitistischer Geisteshaltung. Lediglich auf diesem Boden könnte die verderbliche Aussaat gedeihen, die der Eindringling nur zu ernten brauche, um mit brutaler Gewalt den Besitz des Landes an sich zu bringen. Die schweizerische Presse fordert seit einigen Jahren mit immer steigender Intensität die Abschaffung der Haager Landkriegsordnung und ihre Ersetzung durch eine nationalschweizerische, die dem totalen Krieg die totale Abwehr, an der die Zivilbevölkerung teilnehmen muß, rechtlich entgegensetzen soll. Bundesrat und Armeeoberkommando haben — offensichtlich um der immer erregter werdenden öffentlichen Meinung nachzugeben und sicher nicht ungern — die Veranlassung benützt, um die ‚Weisungen für Kriegsmobilmachung bei Überfall‘ herauszugeben. Der Wortlaut der Verordnung spiegelt die ins tiefste gehende Erregung wider, die das Land ergriffen hat. Es ist anzunehmen, daß der einmal beschrittene Weg fortgesetzt wird, da man glaubt, auf diese Weise dem begegnen zu können, was man hierzulande als Zermürbungstaktik bezeichnet.

Ein schweizerischer Offizier hat jetzt einem Mitglied der Gesandtschaft unter Hinweis auf die ungeheure Erregung erzählt, daß bei allen Stellen ein Dreierausschuß aus jüngsten Offizieren geheim gebildet worden sei, der die Aufgabe habe, die Kommandanten der Einheiten zu überwachen. Sollte ein Truppenbefehlshaber im Falle einer Invasion Miene machen, erdrückender feindlicher Übermacht zu weichen, so haben sich diese Offiziere gegenseitig ihr Wort gegeben, diesen Truppenführer sofort zu erschießen. Der genannte Gewährsmann, der von der Idee der totalen Kriegführung gegen den Eindringling wie besessen schien, erzählte weiter, diese

Offiziersausschüsse hätten bereits eine Liste der höheren Truppenführer zusammengestellt, die sie nicht für einwandfrei hielten und die im Ernstfall sofort beseitigt werden sollten. So phantastisch diese Mitteilung klingt, so halte ich sie unter den gegenwärtigen Umständen für durchaus glaubhaft.

In der heutigen Presse wird u. a. gefordert, daß den 130 000 Deutschen im Lande nicht mehr gestattet werden sollte, sich in Vereinigungen zusammenzufinden, die aus dem Ausland ihre Weisungen erhalten. Die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“³ verweist auf die Gliederungen der Auslandsorganisation (der Nazipartei), die als Instrument des Kadavergehorsams sofort verboten werden müßte. Es ist sehr zweifelhaft, ob der Bundesrat sich bereit finden wird, derart extremen Forderungen (!) Rechnung zu tragen. Immerhin wird das Deutschtum in der Schweiz mit vermehrten Anfeindungen rechnen müssen.»

Hier hat ein Nazi-Diplomat ausnahmsweise einmal die Wahrheit gesprochen. Fast sieht es so aus, als hätte er seine Herren und Gebieter ernstlich vor weiteren Abenteuern warnen wollen.

Hitler sehr aufgebracht über die Schweiz

Ein anderes bemerkenswertes Dokument ist eine «Akttenotiz», die Hitlers Außenminister *Ribbentrop* über eine Unterredung anfertigte, die er am 2. Mai 1940 mit dem Gesandten *Frölicher* hatte. Die ganze erpresserische Arroganz dieses Ribbentrop kommt hier zum Ausdruck:

«Ich empfang heute den Schweizer Gesandten und sagte ihm . . ., daß, wenn die Schweiz das Agreement für einen neuen Gesandten der polnischen Exilregierung erteilen würde, dies zur Folge haben würde, daß wir unseren Gesandten zurückziehen und uns nicht mehr durch einen Gesandten in Bern vertreten lassen würden. Deutschland müsse dies als einen unfreundlichen Akt auffassen, da ein selbständiges Polen nicht existiere und diese Scheinregierung . . . keinerlei Legitimation habe. Im Gegenteil, wenn heute diese Herren der Scheinregierung sich irgendwo in Polen blicken ließen, würden sie innerhalb weniger Minuten gelyncht werden.

Der Gesandte versprach, seiner Regierung sofort entsprechend zu berichten.»

Ribbentrop war sicher der berufene Mann, darüber zu urteilen, welche Regierung die Polen anerkennen und welche nicht! Seine Drohung für den Fall der weiteren Anerkennung einer polnischen Gesandtschaft in Bern hatte jedenfalls Erfolg⁴. Aber er hatte noch mehr Beschwerden gegen die Schweiz auf dem Herzen:

«Ich wies dann den Gesandten sehr ernst darauf hin, daß wir eine weitere Beschimpfung des deutschen Volkes (!) durch die Schweizer Presse nicht

³ Gemeint ist wahrscheinlich die «Arbeiterzeitung», Basel.

⁴ Ribbentrops Drohungen waren ähnliche des Gesandten Köcher vorausgegangen. Am 14. Mai teilte Gesandter Frölicher dem Staatssekretär Weizsäcker mit, daß die Schweiz unter diesen Umständen keinen neuen polnischen Gesandten anerkennen würde.

mehr hinnehmen, sondern entsprechend dann in der deutschen Presse antworten würden. Wir hätten nun eine *Engelsgeduld* in dieser Sache bewiesen, und ich könnte ihm nur dringend anraten, bei seiner Regierung die ernsthaftesten Vorstellungen in dieser Sache zu erheben. Deutschland habe seinerseits in keiner Weise Veranlassung gegeben, daß die Schweiz Deutschland beschimpfe. Deutschland mische sich nicht in Schweizer Angelegenheiten, müsse sich aber auch verbitten, daß die Schweiz sich in irgendwelche deutsche Angelegenheiten einmische oder an deutschen Verhältnissen oder Handlungen eine dauernd abfällige Kritik übe. Ich sagte dem Gesandten noch, daß der *Führer* gestern *außerordentlich aufgebracht* über die Angelegenheit eines neuen polnischen Gesandten in Bern gewesen sei und sich bei dieser Gelegenheit sehr abfällig über die Schweizer Presse geäußert habe.»

Heute mag man über diese grotesken Drohungen lachen, aber damals — am Vorabend des Einfalls in Belgien und Holland — waren die vorgespiegelte mimosenhafte Empfindlichkeit professioneller Raubmörder gegenüber einer zurückhaltenden Wertung ihrer Tätigkeit sicher sehr ernst zu nehmen. Wir erfahren leider nicht, was Gesandter Frölicher auf diese unverschämte Verdrehung aller Sachverhalte geantwortet hat — es wäre wirklich an der Zeit, daß man in Bern nunmehr veröffentlicht, wie die verschiedenen Schweizer Diplomaten über ihre Unterredungen mit den nazistischen Potentaten berichteten, über die die Welt nur die einseitigen Aufzeichnungen der Ribbentrops und Weizsäckers besitzt. Sei dem wie immer, aus dem Schlußabsatz von Ribbentrops Aktennotiz geht hervor, daß die Nazigangster sicher von Frölicher manches erwarteten, was er nicht aus Mangel an gutem Willen, sondern der Größe der nationalsozialistischen Verbrechen wegen nicht erfüllen konnte:

«Zum Schluß erwähnte ich noch, daß ich immer gute deutsch-schweizerische Beziehungen gewünscht hätte, und ich könnte seiner Regierung nur den guten Rat geben, baldmöglichst völlig neue Wege in dem Verhältnis zu Deutschland einzuschlagen. Daß ich ihm, dem Gesandten, der zweifellos mit dem besten Willen nach Berlin gekommen sei, die Dinge freundschaftlich zu gestalten, dies sagen müsse, bedauerte ich; er müsse aber zugeben, daß seine Tätigkeit bisher die Dinge zwischen unseren Ländern in keiner Weise verbessert habe. Ich gab der Hoffnung Ausdruck, daß hier nunmehr völliger Wandel geschaffen würde.»

Frölicher konnte in der damaligen Situation kaum erwidern, daß seine Bemühungen erfolgreicher wären, wenn das Dritte Reich weniger Länder überfallen und verwüstet hätte. Aber wird man je erfahren, *was* er im Namen der Schweiz dem unverschämten Erpresser zur Antwort gegeben hat?

Pilet-Golaz hatte kein Mitgefühl mit den Franzosen

Das Erstaunlichste aller Schriftstücke, die jetzt zum Vorschein gekommen sind, ist wohl ein Bericht, den der damalige deutsche Gesandte in Bern, *Köcher*, am 25. Mai 1940 nach Berlin geschickt hat. Es war in den Tagen, da jeder

anständige Mensch in der Welt um das von Hitler überfallene Frankreich bangte. Also berichtete Köcher:

«Bei meiner heutigen Besprechung mit Bundespräsident *Pilet-Golaz* meinte dieser, daß er *kein Mitgefühl mit den Franzosen in ihrer jetzigen Situation* habe, weil sie sie selbst verschuldet hätten. Er äußerte weiterhin, daß eigentlich die Diplomaten zu bedauern seien, weil auch sie von Panik erfaßt wären. Er habe gerne festgestellt, daß ich immer die Ruhe bewahrt hätte, und er bitte mich, falls ich einmal mein Archiv verbrennen würde, dies nicht in dem Garten zu tun, der nach der Straße führe; er habe das bei einer anderen Gesandtschaft gesehen, und er müsse mir sagen, daß das keinen sehr erhebenden Eindruck gemacht hätte . . .»

Welch rührende Sorge um den «guten Eindruck», den die Gesandtschaft Hitlers machen soll! Im weiteren Verlaufe des Gespräches machte Pilet-Golaz einige schüchterne Bemerkungen darüber, daß die deutsche Propaganda *auch* an der Panikstimmung der Bevölkerung schuld sei, und er sagte abschließend, solange er Bundespräsident sei, werde sich die Schweiz keinerlei Hilfe zusagen lassen, außer der, die sie nach einem Überfall auf das Land ausdrücklich ansprechen sollte.

Am 28. Mai 1940 sandte Köcher mit großer Befriedigung die inzwischen ausgegebenen «Weisungen des Bundesrates an die Zivilbevölkerung betreffend Sabotageakte und Fallschirmabspringer» nach Berlin. Er führte diese Weisungen, die von der Bevölkerung nur die Meldung, nicht aber die Bekämpfung von Saboteuren und Fallschirmabspringern verlangten, auf seine Vorsprache beim Bundespräsidenten am 24. Mai zurück, bei der er gesagt haben will, «daß die schweizerische Regierung die Dinge einfach nicht so weiter treiben lassen dürfe». Wirklich eine nette Art, mit dem Präsidenten eines souveränen Staates zu sprechen! In der Schweiz habe es, schrieb Köcher, «auf Grund französischer und englischer Machenschaften» und durch die «Urteilslosigkeit selbst hochgestellter Offiziere im Armeestab» eine Panik gegeben. Mindestens 24 Stunden habe es bei den maßgebenden Stellen an der erforderlichen Geistesgegenwart gefehlt. Auf Grund seiner Intervention kehre aber die Vernunft zurück:

«Zum gleichen Kapitel einer wachsenden Einsicht der Zentralstellen gehört vor allem die *stärkere Anziehung der Pressezensur*, verbunden mit *inspirierten Artikeln*, die auf die Notwendigkeit einer stärkeren ‚Distanzierung‘ auch in der Berichterstattung hinweisen.»

In die kantonale Presse und vor allem in die welschschweizerische Presse sei das aber noch nicht eingedrungen. «Gerade die letztere unterliegt im Augenblick, man muß wohl sagen naturgemäß, ihren pro-französischen Gefühlen in stärkstem Ausmaß.» Das fand Köcher also naturgemäß, aber die Bemerkung von Pilet-Golaz, daß er kein Mitgefühl mit den Franzosen habe, scheint ihm gar nicht unnatürlich vorgekommen zu sein. In aller Ausführlichkeit be-

richtete Köcher abschließend, als ob es sich um eine weltbewegende Angelegenheit gehandelt habe, daß eine der Basler Freimaurerlogen ihren Mitgliedern für den Ernstfall geraten hatte, alles schriftliche Material zu verbrennen.

Erpressungen mit Kohlelieferungen

Die Erpressungen gegenüber der Schweiz bewegten sich nicht nur auf der politischen Ebene, sondern wirkten sich vielleicht noch empfindlicher auf dem Gebiet der Wirtschaft aus. Darüber belehrt eine Aufzeichnung, die Botschafter *Ritter* von der handelspolitischen Abteilung des Berliner Auswärtigen Amtes am 30. Mai 1940 über eine Unterredung mit zwei Vertretern der Schweiz, dem Gesandten *Frölicher* und *Hotz*, machte. Letzterer war als Leiter einer Wirtschaftsdelegation in Berlin. Ritter versuchte die Schweizer mit der Bemerkung einzuschüchtern, daß ihm im Zeichen des Wirtschaftskrieges die Schweiz heute «als eine große Rüstungswerkstatt» erscheine, die «fast ausschließlich für England und Frankreich arbeite». Ritter hatte die Unverschämtheit, von den Besuchern die Bekanntgabe des Wortlauts der kurz vorher zwischen der Schweiz und England sowie Frankreich abgeschlossenen wirtschaftlichen Vereinbarungen zu verlangen. Hotz habe ihm «nach einigen Erklärungen und Ausflüchten» in dieser Frage eine baldige Antwort versprochen. Damit nicht genug, drohte Ritter mit der *Einstellung der deutschen Kohlenlieferungen* an die Schweiz, unter dem Vorwand, «daß wir nicht zulassen könnten, daß weiterhin in der Schweiz noch ein Kilogramm deutscher Kohle für die Herstellung und Verfrachtung von industriellen Erzeugnissen verwendet werde, die für England oder Frankreich bestimmt seien». Frölicher und Hotz seien von diesen Eröffnungen «etwas betroffen» gewesen und hätten versucht nachzuweisen, daß Deutschland keinen Grund zu irgendwelchen Beschwerden hätte. Ritter «ließ das aber nicht gelten» und wettete über die angebliche einseitige Bevorzugung Englands und Frankreichs.

Am 3. Juni 1940 sprach Ritter neuerlich mit Frölicher, der eine «Verständigung auf der Basis» vorschlug, daß «die schweizerische Rüstungsindustrie nach beiden Seiten hinaus ungefähr gleichviel Rüstungsmaterial liefere», daß also die Schweiz *Hitler aktiv helfen* soll! Großmütig versprach Ritter, diesen Vorschlag zu prüfen. Frölicher erwähnte dann, daß während der Wirtschaftsverhandlungen von deutscher Seite Bemerkungen gefallen seien, die «von den schweizerischen Herren als eine politische oder gar militärische Drohung aufgefaßt worden waren». Es war nämlich gesagt worden, daß, wenn es zu keiner Einigung komme, Deutschland kein Interesse am Warenverkehr mit der Schweiz habe. «Darüber hinaus könne das für die Schweiz noch ganz andere Folgen haben.» Der Sinn dieser Worte ist für jeden Menschen mit normalem Verstand klar, aber Ritter tat die selbstverständliche Erklärung entrüstet als «mißverständliche Auslegung» ab. Seine Aufzeichnung über die Unterredung schließt mit den bezeichnenden Worten:

«Ich benützte die Gelegenheit, um dem schweizerischen Gesandten die Sünden der schweizerischen Regierung und der schweizerischen Öffentlichkeit in den letzten sieben Jahren vorzuhalten.»

Diese Unverfrorenheit bedarf keines Kommentars. In der Dokumentensammlung wird angekündigt, daß der vorbereitete Band X der Veröffentlichung deutscher diplomatischer Akten mehr über die wirtschaftlichen Erpressungen des Dritten Reiches gegenüber der Schweiz enthalten wird. Muß man aber wirklich solange warten, und sollte, ja müßte nicht jetzt schon eine schweizerische Darstellung dessen ausgegeben werden, was sich damals in Berlin zgetragen hat?

ERNST NOBS

Eine bergwirtschaftliche Alpenreise

Der Alpinismus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg galt dem eigentlichen Tourismus, dem Bergsteigen. Wer nicht Hochtouren machte, betätigte sich als Jochhüpfer oder als Talschleiche. Seit jener Zeit ist der Geh- und Klettersport zurückgegangen und dem motorisierten Reisesport gewichen. Die Zahl der Menschen, die in die Berge gehen, hat sich sehr stark vermehrt. Darin spiegelt sich die Tatsache, daß in Europa seit jener Zeit viele Millionen Menschen das Recht auf Ferien erlangt haben und daß ihre soziale Lage sich soweit gehoben hat, daß sie von diesem Recht auf diese oder jene Art Gebrauch machen können. Die Alpenpost- und Carunternehmungen schleusen Millionen von Passagieren über Land. Es bleibt kaum eine Familie und kaum ein Schulkind im ganzen Lande übrig, die nicht ein- oder mehrmal im Jahre eine Reise im Autocar machen. Eine viel größere Zahl von Familien des Unterlandes als früher bezieht heute zur Sommerzeit und sogar auch zum winterlichen Skisport Ferienchalets und Ferienwohnungen in den Bergen. Für zahlreiche Bergbauern ist die Vermietung von Touristenzimmern und Ferienwohnungen, auch der Verkauf von Bauplätzen für Chalets, zu einer wertvollen Einnahme geworden. In manchen Bergtälern übertrifft die Zahl solcher Feriengäste die Zahl der Hotelgäste, und die Einwohnerzahl solcher Gemeinden verdoppelt sich im Hochsommer. Dabei zeigen die Umsätze der Verkaufsläden und der Restaurants und die Frequenz der Bergbahnen eine von Jahr zu Jahr steigende Tendenz. Die Stadt und die ländlichen Industriegemeinden gehen im Sommer in die Berge. Noch im September und Oktober dieses Jahres bin ich auf Reisen durch die Zentral-, West- und Ostalpen